

(Vizepräsident Dr. Spiek.)

(A) Punkte namentliche Abstimmung beantragt wird. Ich möchte also die Herren bitten, im Hause zu bleiben.

Das Wort hat der Herr Minister des Innern.

Staatsminister Dr. Graf Bixthum v. Gäd-
städt: Meine Herren! Bereits in den Deputationsverhandlungen ist wiederholt auf die früheren Besprechungen zurückgegriffen worden, die in diesem Hohen Hause und im Ernährungsbeirat über die Gewährung von Beihilfen zur Förderung des Kartoffelanbaues stattgefunden haben. Von verschiedenen Seiten werden diese früheren Vorgänge in einem Sinne aufgefaßt, der mit der Auffassung der Regierung im Widerspruch steht. Es ist sogar der Vorwurf erhoben worden, daß die Regierung sich in bewußtem Gegensatz zu den früher von den beiden Kammern geäußerten Wünschen gesetzt habe, indem sie die jetzt zur Verhandlung stehende Position in den Staatshaushaltsplan eingesetzt habe. Ich muß dem nachdrücklichst widersprechen. Die Regierung hat, indem sie Saatgutbeihilfe für die mittleren und kleinen Betriebe in Aussicht stellte, geglaubt, im Sinne der Beschlüsse beider Kammern zu handeln, und mir hat nichts ferner gelegen, als mit dieser Maßnahme von den von Ihnen gefaßten Beschlüssen abzuweichen. Erlauben Sie mir daher, Ihnen meine Auffassung des Ganges der im letzten Winter gepflogenen Verhandlungen darzulegen.

Ich weiß mich mit der Gesamtheit des Hohen Hauses in der Überzeugung einig, daß je länger der Krieg dauert, umsomehr die ausreichende Versorgung mit Kartoffeln die Grundlage unserer Ernährungspolitik bilden muß. Der Kartoffelanbau hat sich in den letzten beiden Jahren vermindert, mögen auch die hierüber vorliegenden statistischen Angaben nur ein ungenaues Bild davon geben, in welchem Umfange die Verminderung der Anbaufläche eingetreten ist. Sicher ist die mit Kartoffeln bestellte Fläche im Jahre 1917 nicht unerheblich kleiner gewesen als in den beiden vorhergegangenen Jahren. Es ist weiter zu bedenken, daß der Kartoffelanbau infolge der sehr knapp gewordenen Düngemittel in seiner Ertragsfähigkeit beeinträchtigt wird. Von allen Seiten ist daher seit langem anerkannt worden, daß der Kartoffelanbau aufs nachdrücklichste gefördert werden muß, um unsere Zukunft zu sichern.

Aber die Mittel, durch welche diese Förderung wirksam erreicht werden konnte, ist in der breitesten Öffentlichkeit seit Monaten lebhaft verhandelt worden. Namentlich gab die Denkschrift des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft über die Sicherung unserer Volksernährung durch Kartoffelanbau, die zu Beginn des letzten Winters erschien, Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen. Diese

Denkschrift hob hervor, daß im Jahre 1918 der Anbau von Sommergetreide wegen der sehr ungünstigen Ernte des Jahres 1917 aller Voraussicht nach gewisse Einschränkungen erfahren müßte, und wies darauf hin, daß es aufs nachdrücklichste anzustreben sei, daß die Kartoffelanbaufläche dafür vergrößert würde. Es wurde weiter betont, daß der Kartoffelanbau zu etwa $\frac{2}{3}$ in den Händen der kleineren und kleinsten Betriebe ruhe. Gerade in diesen würden aber noch in größtem Umfange veraltete und ausgebaute Sorten angepflanzt, die nur ungenügende Erträge bieten könnten. Im Anschluß an das Vorbild einer ganzen Reihe feindlicher und neutraler Staaten wurde deshalb unter anderem vorgeschlagen, für jeden Morgen nachweislich gegen 1917 mehr bepflanzte Fläche aus Reichsmitteln eine feste Prämie von etwa 45 M. pro Morgen zu zahlen. Am 14. November 1917 ging dann bei der Kammer der Antrag Andrä und Genossen ein, in dem die Staatsregierung ersucht wurde, mit allen Mitteln eine Begünstigung des Mehranbaues von Kartoffeln zu erstreben, um eine genügende Sicherung der menschlichen Ernährung zu schaffen. Der Antrag ist zunächst am 26. November 1917 in die allgemeine Vorberatung genommen worden. In der Begründung seines Antrages führte der Abgeordnete Andrä aus, man könne vielleicht für die Mehranbaufläche, die der betreffende Landwirt zur Verfügung stelle, pro ha bis zu einem Höchstbetrag von 250 M. bezahlen oder man könne vielleicht die Pflanzkartoffeln für den Mehranbau zu billigeren Preisen liefern oder man könne für jeden ha Mehranbau 180 M. Prämie geben. In der Debatte wurde sowohl von nationalliberaler und sozialdemokratischer als von konservativer Seite ausgesprochen, daß Anbau-Prämien nicht für den richtigen Weg gehalten würden, um den Kartoffelanbau zu fördern. Dagegen wurde ausdrücklich betont, daß die Preise für das Saatgut in einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen stehen müssen, die der Kartoffelerzeuger für die von ihm gebauten Kartoffeln bekommt.

(Sehr richtig! rechts.)

Hiermit wurde auf die in der Tat höchst unerfreulichen Erfahrungen des Vorjahres Bezug genommen, in denen die kleineren Landwirte mit Recht bitter Klage geführt hatten, daß ihnen ihre Kartoffeln als Speisekartoffeln zu einem Preise abgenommen wurden, der ganz erheblich niedriger lag als der Preis, zu dem sie sich Saatkartoffeln wiederbeschaffen konnten.

Der Antrag Andrä ist dann in der Rechnungshausdeputation eingehend behandelt worden. Er wurde wesentlich umgestaltet und erhielt eine Fassung, in der die Staatsregierung ersucht wurde, zum Zwecke einer zur Sicherung